

5. Projektzweck der "Partnerschaft für Demokratie": (aktuelle) Herausforderungen, Schwerpunkte und Problemlagen im Fördergebiet / Lösungsansätze

Stellen Sie bitte aktuelle lokale/regionale Herausforderungen, Schwerpunkte und Problemlagen dar. Zeigen Sie daraus resultierende Lösungsansätze für den beantragten Bewilligungszeitraum auf und nehmen Sie konkret Bezug auf die Zielsetzung des Bundesprogrammes mit seinem handlungsleitenden Dreiklang "Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen". Sofern es sich nicht um einen Erstantrag im Bundesprogramm handelt, stellen Sie bitte auch Ihre gewonnenen Erfahrungen aus der laufenden Förderperiode dar.

Die Kreisstadt Pinneberg positioniert sich als weltoffene Stadt. Beispielsweise hat Pinneberg aktuell den Beschluss gefasst der Organisation „Mayor for Peace“ beizutreten und nimmt seit vielen Jahren aktiv an den bundesweiten interkulturellen Wochen teil. Pinneberg setzt sich aktiv für die Beteiligung von Kindern und Jgdl ein, bspw. durch Kindersprechstunden. Pinneberg hat darüber hinaus eine politisch interessierte Bevölkerung, so lag bei der Bundestagswahl 2021 die Wahlbeteiligung mit 80,3 % an der landesw. Spitze der Wahlbezirke. Da in 2023 Kommunalwahlen und in 2024 Bürgermeister*innenwahlen stattfinden, können in der Projektlaufzeit Maßnahmen ergriffen werden, um dieses politische Engagement aufrechtzuerhalten. Die Regionalanalyse zu Rechtsextremismus (2018) zeigt auf, dass die rechte Einstellung unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein zugenommen hat und muslimfeindlichen und demokratieablehnenden Einstellungen häufiger zugestimmt wird. Beispielsweise wurde jede*r achte Schüler*in schon einmal aufgrund ihrer oder seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe diskriminiert. Mit der Gründung der „Partnerschaft für Demokratie“ sollen Begegnungen geschaffen werden, um eine vielfältige Gesellschaft als Leitbild zu fördern. Es sollen Maßnahmen und Aktionen gefördert werden, um die Beteiligung an gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen sowie das soziale (ehrenamtliche) Engagement noch weiter zu erhöhen und Pinneberg als lebenswerte und weltoffene Stadt weiter zu profilieren. Und es sollen Bildungsprojekte und -aktionen mit dem Fokus der Prävention von antidemokratischen und menschenfeindlichen Entwicklungen gefördert werden. Dabei geht es u.a. um die Überwindung von stereotypen geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen und Feindbildern seitens der Aufnahmegesellschaft und der Herkunftskulturen. Die aktive Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern mit internationaler Geschichte soll durch die Partnerschaft noch weiter vorangetrieben werden. Die Beteiligung der Bewohner*innen an gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozessen wird als wesentliches Kernelement der Demokratie verstanden, Pinneberg führt in zahlreichen Projekten umfangreiche Beteiligungsprozesse durch. Bei den Aktivitäten der Partnerschaft soll auf die Ansprache von unterrepräsentierten Gruppen geachtet werden, wie Mädchen und Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und auch eine altersgerechte Ansprache von Kindern und Jugendlichen. In Pinneberg besteht ein umfangreiches soziales Angebot und eine

Vielzahl an sozialen Einrichtungen. Organisiert sind diese Einrichtungen u.a. in einem Arbeitskreis Soziales sowie im Kriminalpräventiven Rat. Der Kinder- und Jugendbeirat bringt sich aktiv in die Entscheidungen der politischen Gremien ein und engagiert sich bereits für "Demokratie leben". Hinsichtlich des ehrenamtlichen Engagements und der Anerkennung und Koordination dieses Engagements bestehen in Pinneberg noch Ausbaumöglichkeiten, denen ggf. im Rahmen des Projektes begegnet werden kann. Die Herausforderung der Partnerschaft wird es sein, bestehende Einrichtungen besser zu vernetzen, ggf. Aktionen zu koordinieren und insbesondere auch einen gemeinsamen Fokus auf Aktivitäten zu den Themen "Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen" zu legen. Durch die Partnerschaft für Demokratie soll die Zusammenarbeit der Akteur*innen in Pinneberg verbessert werden und mehr Sichtbarkeit gegeben werden.

6. Zielgruppen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" im Gemeinwesen der "Partnerschaft für Demokratie"

Wählen Sie bitte jene Zielgruppen aus, die insbesondere durch Aktivitäten und Maßnahmen in der "Partnerschaft für Demokratie" erreicht werden sollen.

- Kinder und Jugendliche
- junge Erwachsene, aber auch ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige
- Multiplikator*innen

7. Ziele und Handlungskonzept für die "Partnerschaft für Demokratie"

7.1 Zielsetzungen für den Projektzeitraum / Erfolgskontrolle

Benennen Sie bitte Ziele Ihrer "Partnerschaft für Demokratie" für den geplanten bzw. beantragten Bewilligungszeitraum. Beachten Sie, dass diese Ziele im Kontext der Zielsetzung des Bundesprogramms stehen und den Gegenstand des Förderaufrufs abbilden. Ihre Ziele müssen zudem nach SMARTen Kriterien (Spezifisch - Messbar - Attraktiv - Realisierbar (realistisch erreichbar) - Terminiert) formuliert sein, um den Grad der Erfüllung im Wege einer Zielerreichungskontrolle einschätzen zu können. Differenzieren Sie ggf. nach Leit-, Mittler- und Handlungszielen, da der geplante Projektzeitraum i.d.R. mehrjährig angelegt ist. Benennen Sie - soweit bereits möglich - für jedes geplante Förderjahr (im Rahmen des beantragten Bewilligungszeitraumes) mindestens 3 und höchstens 5 konkrete Handlungsziele (eigene Textboxen, s.u.).

Für welche Jahre wollen Sie die

Ziele angeben:

- 2022
- 2023
- 2024

Zielnummer 2022	Zielbeschreibung 2022
1	In 2022 steht vor allem die Herstellung der Handlungsfähigkeit der lokalen Partnerschaft für Demokratie als Basis für den weiteren Prozess im Fokus. Im ersten Schritt muss die Besetzung der Koordinierungs- und Fachstelle bei einem externen Träger erfolgen und die Arbeitsfähigkeit hergestellt werden.
2	Der neu zu gründende Begleitausschuss wird sich etablieren und der vorhandene Kinder- und Jugendbeirat übernimmt die Aufgaben des Jugendforums. Ein Beschluss des Kinder- und Jugendbeirates ist bereits gefasst worden.
3	Informationen und Antragsmöglichkeiten werden öffentlich zugänglich gemacht und die Öffentlichkeitsarbeit startet. Es soll mind. eine Pressemitteilung zum Start des Projektes erfolgen und die aktuellen Informationen online zugänglich gemacht werden.
4	Zu Beginn des Prozesses soll mit den Akteur*innen eine Analyse der Ausgangssituation vorgenommen werden, um ggf. noch weitere Partner*innen zu identifizieren und es soll auf Grundlage einer Reflexion der inhaltlichen Ziele ein Aktionsplan als Handlungsgrundlage für die Partnerschaft erarbeitet werden. Der Aktionsplan soll möglichst verbindliche, geeignete Aktivitäten zur Erreichung der Leit- und Handlungsziele erfassen und sich an den realistischen Kapazitäten der Akteur*innen orientieren.
5	

Zielnummer 2023	Zielbeschreibung 2023
1	Im Jahr 2023 soll vor allem der Fokus auf der Erzielung erster Erfolge (quick wins) gelegt werden. Hierzu werden Maßnahmen zur medienwirksamen Öffentlichkeitsarbeit der Programmziele sowie den lokalen Aktivitäten (Leitziel) umgesetzt. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit umfasst einen eigenen Internetbereich, mind. 2-3 Zeitungsartikel sowie Präsenz in den sozialen Medien (ggf. über Dritte). Weithin werden Schlüsselpersonen angesprochen sowie Projektberatungen durchgeführt (ca. 10 Gespräche).
2	Durchführung einer Demokratiekonferenz sowie Zwischenevaluierung der bisherigen Arbeit. Die Demokratiekonferenz kann ggf. für die Evaluierung genutzt werden. Das Thema und die Ziele der Konferenz sollen im erarbeiteten Aktionsplan definiert werden. Im Rahmen der Zwischenevaluierung, die 2023 stattfindet, kann es zu Anpassungen der Ziele kommen sowie eine Fortschreibung des Aktionsplans stattfinden.
3	Initiierung von Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Zusammenlebens (Leitziel), durch folgende Handlungsfeldziele: 1) Schaffung interkultureller und/oder inklusiver Begegnungen sowie der Beförderung der Toleranz (bspw. Teilnahme „Schule mit Courage“), 2) Aktionen, Projekte sowie Sensibilisierungsmaßnahmen gegen Diskriminierung und Antisemitismus, 3) Stärkung der Willkommenskultur, 4) Stärkung und Würdigung des Ehrenamts als Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität. (Zielgröße 3-5 Maßnahmen)
4	Initiierung und Förderung von Maßnahmen zur Förderung der politischen Beteiligung und Bildung (Leitziel), durch folgende Handlungsfeldziele 1) Maßnahmen zur (politischen) Beteiligung, insbesondere für unterrepräsentierten Gruppen wie bspw. Migrant*innen oder auch Frauen in politischen Gremien., 2) Förderung der politischen Bildung und Meinungsbildung (bspw. zur Kommunalwahl 2023). Hier wären insbesondere Projekte, die sich an Kinder und Jugendliche richten, willkommen. (weiter s. 5.)
5	3) Stärkung der Diskussionskultur als Basis demokratischer Prozesse auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung. Das Ziel ist es, zu einem respektvollen Umgang miteinander zu kommen. Projektbeispiele könnten Maßnahmen zur Vermittlung von Medienkompetenz, Entgegenwirken von Gewalt(-androhungen) gegen Politiker*innen oder auch der Umgang mit „hate speech“ sein. (Zielgröße 2-3 Maßnahmen oder Aktivitäten). Der Aktionsplans soll fortgeschrieben werden.
Zielnummer 2024	Zielbeschreibung 2024
1	Initiierung und Förderung von Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Zusammenlebens mit Hilfe der in 2023 genannten Handlungsfeldziele. Es wird angestrebt, 2-4 Maßnahmen oder Aktivitäten zu diesem Leitziel in 2024 zu fördern. Der Aktionsplan soll weiter umgesetzt werden.
2	Initiierung und Förderung von Maßnahmen zur Förderung der politischen Beteiligung und Bildung (Leitziel) mit Hilfe der in 2023 genannten Handlungsfeldziele. Es wird angestrebt, 1-2 Maßnahmen oder Aktivitäten zu diesem Leitziel in 2024 zu fördern. Der Aktionsplan soll weiter umgesetzt werden
3	Maßnahmen zur medienwirksamen Öffentlichkeitsarbeit der Programmziele sowie den lokalen Aktivitäten Es wird angestrebt, die Informationen online laufend aktuell zu halten und mind. 2 Pressemitteilungen zu veröffentlichen.
4	Durchführung einer Demokratiekonferenz sowie abschließende Bewertung der Zusammenarbeit, frühzeitige Besprechung der Möglichkeiten und Vorstellungen der weiteren Zusammenarbeit.

Zielnummer 2024	Zielbeschreibung 2024
5	

7.2 Handlungskonzept für die "Partnerschaft für Demokratie"

Bitte definieren Sie unter Bezugnahme auf die unter Punkt 7.1 benannten Ziele wesentliche Meilensteine bzw. Umsetzungsschritte für den geplanten Bewilligungszeitraum. Benennen Sie ggf. bereits geplante Aktivitäten und Maßnahmen. Stellen Sie für den Bewilligungszeitraum einen Zeit- und Maßnahmenplan auf und wählen Sie dafür geeignete Zeitabschnitte.

Im 3.-4. Quartal 2022 ist geplant die Koordinierungs- und Fachstelle zu besetzen, eine konstituierende Sitzung des Begleitausschusses abzuhalten, eine Analyse der Ausgangssituation mit Workshopcharakter durchzuführen und mit der Bekanntmachung der Fördermöglichkeiten durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als auch durch die Aktivierung der Netzwerke (Multiplikatoren) zu beginnen und entsprechende Formulare und Informationen bereit zu stellen. Gemeinsam mit der zu besetzenden Koordinierungsstelle wird ein Aktionsplan erarbeitet und mit den Gremien der Partnerschaft abgestimmt. Ein Internetauftritt (Homepagebereich und/oder socialmedia) soll sich in der Erarbeitung befinden. Nach Möglichkeit sollen die ersten Projekte ausgewählt werden. Der Projektstart ist wesentlich davon abhängig, zu wann eine Bewilligung erfolgt und zu wann die Koordinierungs- und Fachstelle besetzt werden kann. Im 1.-2. Quartal 2023 soll der Fokus vor allem auf der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit liegen, um weitere Projekte (Quick-Wins) fördern zu können und längerfristige Projektentwicklungen anzustoßen. Im 3.-4. Quartal 2023 soll eine Zwischenevaluierung stattfinden, um auf den bisherigen Erfahrungen aufbauen ggf. bei den Zielen sowie beim Aktionsplan nachzuarbeiten. Im 1.-2. Quartal 2024 sollen die Projektmittel möglichst vollständig gebunden werden, um eine Umsetzung im Bewilligungszeitraum zu ermöglichen. Im 3.-4. Quartal 2024 erfolgt eine abschließende Bewertung der Zusammenarbeit in der Partnerschaft im bewilligten Projektzeitraum und eine Eruiierung der Möglichkeiten und der Wünsche hinsichtlich einer weiteren Zusammenarbeit.